

# Steuerzahlerbund kritisiert Wolfsjagd

## Vorwurf: Geldverschwendung / Lies räumt Fehler ein

Von Lars Laue

### HANNOVER/NIENBURG

Nachdem das Land die erfolglose Jagd auf den Rodewalder Leitwolf eingestellt hat, übt der Bund der Steuerzahler (BdSt) massive Kritik am Vorgehen des Umweltministeriums. „Unserer Ansicht nach kann man hier durchaus von einer Steuergeldverschwendung sprechen“, sagte Niedersachsens BdSt-Haushaltsreferent Jan Vermöhlen. Während das Ministerium die Kosten für die Jagd im Januar mit bis dahin rund 100 000 Euro angegeben hatte, stellt Volkswirt Vermöhlen gegenüber unserer Redaktion fest: „Allein die aufwendige Suche nach dem Wolf hat Steuergelder von mehr als 150 000 Euro verschlungen, ein Vielfaches von dem, was die betroffenen Weidetierhalter als Entschädigung erhalten haben.“

Umweltminister Olaf Lies (SPD) räumte Fehler ein, bezeichnete die 14-monatige Wolfsjagd rückblickend sogar als „realitätsfern“. Es habe sich gezeigt, dass das Bundesnaturschutzgesetz in seiner



**Erst im Visier der Jäger**, jetzt Thema für den Steuerzahlerbund: der Wolf. Foto: dpa

bisherigen Form untauglich gewesen sei, Problemen mit bestimmten Wölfen zu begegnen. Aufgrund der Individualisierungspflicht durfte bislang nur das eindeutig als Problemwolf identifizierte Tier getötet werden. „Wir haben es dennoch versucht, indem wir einen ausländischen Experten im Fallenstellen engagiert haben“, erklärte Lies. Dies sei für die Zukunft „kein Erfolg versprechender Weg“.

### Ein Fall fürs Schwarzbuch

Unterdessen erwägt Vermöhlen, den Fall ins nächste Schwarzbuch aufzunehmen, in dem der BdSt alljährlich die seiner Ansicht nach gravierendsten Beispiele für die Verschwendung öffentlicher Gelder auflistet. Vermöhlen

erinnerte daran, dass Wölfe bereits im Schwarzbuch 2018/19 Thema gewesen sind. Damals ging es um einen von der Region Hannover für 11 000 Euro angeschafften „Krankswagen für Wölfe“. Bei Verkehrsunfällen verletzte Wölfe sollten mit dem Spezialanhänger zur Weiterbehandlung abtransportiert werden. Der Anhänger erwies sich aber als völlig nutzlos, da es in der Region keine „Patienten“ gab.

Der Rodewalder Rüde mit der Bezeichnung GW717m („GW“ steht für einen Grauwolf, 717 ist seine Codenummer, und das kleine „m“ zeigt an, dass es sich um ein männliches Tier handelt) hatte im Kreis Nienburg immer wieder Nutztiere gerissen, darunter sogar Rinder. Doch zuletzt war es ruhig um ihn geworden. Laut Minister Lies hat es in der Region seit Juli 2019 keine Risse mehr gegeben. „Deswegen hätte die teure Bejagung durch eigens beauftragte Fachfirmen wesentlich früher gestoppt werden müssen“, sagte Vermöhlen vom Steuerzahlerbund.

Vermöhlen begrüßte gleichzeitig die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes. Mit der Änderung gibt es künftig mehr Spielraum. Die Ausnahmegenehmigung soll sich nicht mehr auf ein einzelnes Tier, sondern auf ein Rudel beziehen. „Wenn ein Wolf geschossen wird, wartet man ab, ob die Nutztierrisse nachlassen. Das Risiko der Strafbarkeit für Jäger fällt damit endlich weg“, sagte Lies. Die Jagd auf GW717m war auch deshalb nicht erfolgreich, weil sich die Jäger wegen der bestehenden Rechtslage nicht beteiligt hatten. Sie befürchteten hohe Strafzahlungen für den Fall, den falschen Wolf erschossen zu haben.

Unterdessen fordert die AfD im Niedersächsischen Landtag ein Wolfsmanagement nach französischem Vorbild. Kernpunkt sei die Begrenzung der Population auf 500 Tiere, erklärte der umweltpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Stefan Wirtz. Zu diesem Zweck lasse man den Bestand nur allmählich anwachsen, indem jährlich zehn bis zwölf Prozent der Wölfe kontrolliert geschossen würden.

### KOMMENTAR

## Viel zu spät gestoppt

Es war irgendwann schon zum Schmunzeln: Monat für Monat ließ Umweltminister Olaf Lies voriges Jahr die Ausnahmegenehmigung zum Abschuss des Rodewalder Rüden verlängern. Das Tier hatte immer wieder Nutztiere gerissen. Doch GW717m war clever genug, seinem Feind nicht vor die Flinte zu laufen. Sein Vorteil war dabei sicher, dass sich die Abschussgenehmigung einzig und allein auf ihn bezog. Aus Angst vor hohen Strafzahlungen bei Abschuss des falschen Wolfes beteiligten sich unsere Jäger erst gar nicht an dem Vorhaben, den flüchtigen Angeklagten zu erlegen.

So ulkig es schien, dass Niedersachsen nicht in der Lage war, diesen einen Wolf zur Strecke zu bringen, so ernst sind die finanziellen Folgen für die Bürger. Der Bund der Steuerzahler spricht von 150 000 Euro.



Von  
Lars  
Laue

Geld, das bei betroffenen Schafhaltern in besseren Händen gewesen wäre, statt teure „Fachfirmen“ aus dem Ausland mit der Jagd auf den Problemwolf zu beauftragen.

Lies wollte offenbar ein starkes Signal an die Weidetierhalter im Land senden. Nach dem Motto: „Seht her, wir machen Ernst mit dem Wolf.“ Doch viel zu spät wurde in seinem Haus erkannt, dass die Jagd auf den Rudelchef aussichtslos ist – und teuer. Isegrim hat seine Deadline überlebt. Minister Lies hätte die Reißlinie viel früher ziehen und die irrwitzige Jagd stoppen müssen.

l.laue@noz.de